

15814/AB**vom 20.11.2023 zu 16269/J (XXVII. GP)****bmk.gv.at**

= Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An den
 Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

leonore.gewessler@bmk.gv.at
 +43 1 711 62-658000
 Radetzkystraße 2, 1030 Wien
 Österreich

Geschäftszahl: 2023-0.681.028

. November 2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wurm und weitere Abgeordnete haben am 20. September 2023 unter der **Nr. 16269/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Neue Gentechnik gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Welche Haltung nimmt das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie bzw. nehmen Sie als zuständige Umweltministerin zu dem am 5. Juli 2023 vorgelegten Vorstoß der EU-Kommission zur Deregulierung der Verfahren der Neuen Gentechnik (NGT) ein?*

Der derzeit vorliegende Vorschlag der Europäischen Kommission COM (2023) 411 final 2023/0226 (COD) für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über mit bestimmten neuen genetischen Techniken gewonnene Pflanzen und die aus ihnen gewonnenen Lebens- und Futtermittel sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/625 würde im Falle der Umsetzung zu einer umfassenden Deregulierung von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) führen, die mit Verfahren der neuen Gentechnik (NGT) hergestellt werden. Für uns ist der Vorschlag der Kommission in dieser Form nicht akzeptabel, da er gegen das Vorsorgeprinzip verstößt und nachstehende Punkte gar nicht oder nur unzureichend berücksichtigt:

- Gewährleistung der Sicherheit von Mensch, Tier und Umwelt
- Erhalt der Wahlfreiheit für Konsument:innen und
- Erhalt der biologischen und gentechnikfreien Produktion

Zu Frage 2:

- Wie beurteilen Sie als zuständige Umweltministerin insbesondere die Ergebnisse der Umfrage der „ARGE Gentechnik-frei“ zur Deregulierung der Verfahren der Neuen Gentechnik (NGT)?

Als zuständige Umweltministerin nehme ich die Ergebnisse der Umfrage der „ARGE Gentechnik-frei“ zur Deregulierung der Verfahren der Neuen Gentechnik sehr ernst. Die Umfrageergebnisse zeigen deutlich, dass der Erhalt der Wahlfreiheit für Produzent:innen und Konsument:innen, welche bei Umsetzung der derzeitigen Inhalte des Vorschlags stark eingeschränkt wäre, eines der prioritär zu verfolgenden Ziele darstellt.

Die Umfrageergebnisse legen auch nahe, dass es für Österreicher:innen von großer Bedeutung ist, die biologische und gentechnikfreie Landwirtschaft bzw. Lebensmittelproduktion zu erhalten und zu fördern. Dies kann nur weiterhin geschehen, wenn es Mitgliedstaaten auch in Zukunft möglich ist, Gebiete vom Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auszunehmen. Bedauerlicherweise sieht der derzeitige Vorschlag jedoch keine diesbezüglichen Schutzmaßnahmen in Hinblick auf NGTs vor.

Weiters zeigen die Umfrageergebnisse, dass die Bevölkerung unsere Bemühungen, uns für schärfere Risikomanagementmaßnahmen für NGTs einzusetzen, mitträgt. In Österreich waren sowohl meine Regierungskolleg:innen als auch ich als Umweltministerin immer der Meinung, dass wir uns neuen Technologien nicht grundsätzlich verschließen sollten, um keine potentiellen Chancen zu verpassen. Allerdings ist die Anwendung dieser Technologien – vor allem, wenn dies in der Landwirtschaft und damit in der Umwelt stattfindet – auch immer mit potentiellen Risiken verbunden. Da die Neue Gentechnik eine relativ junge Technologie ist und damit noch vergleichsweise wenig Daten zu deren möglichen Risiken vorliegen, erachten wir die Einhaltung des Vorsorgeprinzips als enorm wichtig und notwendig. Durch eine, wie im derzeitigen Vorschlag vorgesehene, eingeschränkte Risikoabschätzung kann das Vorsorgeprinzip jedoch nicht ernstzunehmend umgesetzt werden. Unter anderem deshalb stehen wir dem Vorschlag in seiner derzeitigen Form sehr kritisch gegenüber.

Zu Frage 3:

- Wo sehen Sie als zuständige Umweltministerin für das BMK Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem am 5. Juli 2023 vorgelegten Vorstoß der EU-Kommission zur Deregulierung der Verfahren der Neuen Gentechnik (NGT)?

Da es im vorgelegten Verordnungsvorschlag einige Punkte gibt, die aus österreichischer Sicht sehr kritisch zu betrachten sind, werde ich mich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass viele Mängel des vorliegenden Gesetzesvorschages noch beseitigt werden, bevor es zu einer Be schlussfassung kommt.

Um dies zu erreichen sehen wir zum einen die aktive Partizipation und kritische Meinungsäußerung Österreichs in den Ratsarbeitsgruppen zum VO-Vorschlag als sehr wichtig an. Dazu werden wir als BMK den für die Betreuung des Dossiers federführend zuständigen Kolleg:innen des BMGSPK mit Expertise zur Seite stehen, um gemeinsam auf die Defizite des Vorschlags hinzuweisen und Änderungsvorschläge proaktiv einzubringen.

Des Weiteren haben wir gemeinsam mit dem BMSGPK, dem Umweltbundesamt, der AGES sowie der ARGE Gentechnik-frei eine Konferenz zur kritischen Diskussion der VO-Inhalte orga-

nisiert, welche am 11.10.2023 stattfand. Unter dem Titel „Regulation of Plants obtained by New Genomic Techniques – Impact on Consumer Protection, Organic Production and Non-GMO Production“ wurden unter Beisein einer Kommissionsvertreterin die Inhalte und potentielle Auswirkungen des Vorschlags diskutiert. Auch diese Konferenz unter Beteiligung zahlreicher relevanter Stakeholder kann dazu beitragen, die österreichischen Kritikpunkte zum Gesetzesvorschlag klar hervorzuheben und aufzuzeigen und damit mögliche Adaptierungen des Verordnungsvorschlages zu erwirken.

Leonore Gewessler, BA